

Killer Nachrichten

ABHÄNGIGE STADTZEITUNG DES KIELER AKTIONSBÜNDNISSES

FÜR DIE KIELER WOCHE 2006

FREITAG, 16. JUNI 2006 • NUMMER 4 • 4. WOCHE



Schluß mit dem Militärspektakel auf der Kieler Woche – Vor 87 Jahren Revolution in Kiel !

10 Tage lang feiert Kiel wieder mit viel Spektakel die Kieler Woche. Wie gewohnt werden sich auch dieses Jahr tausende SoldatInnen mit ihren Zerstörern, Kreuzern, Marineschulsschiffen und anderen Kriegsschiffen ein Stellchen geben und sich mit am „Spaßprogramm“ beteiligen. Im letzten Jahr feierte die Bundeswehr am Hindenburgufer parallel zu den Open-Ship-Tagen ihr 50jährige Bestehen. Dabei versuchte sie mit Hightech zu beeindrucken, warb für das lustige Soldatenleben, für Abenteuer und mit „sicheren“ Arbeitsplätzen bei der „Friedensarmee“ Bundeswehr. Dieses Jahr feiert die Marine Jubiläum und wird die Kieler Woche für ihre Propagandazwecke nutzen und sich als alltäglicher und unverzichtbarer Teil des örtlichen Lebens präsentieren. Der Standort Kiel am Tirpitzhafen wurde beim Umbau der Marine gestärkt, damit verfügt die Flotte in Kiel über alle Einsatzmittel, die für weltweite, küstennahe Einsätze benötigt werden: U-Boote, Minenabwehrinheiten, Schnellboote, einen Einsatzgruppenversorger und Korvetten. Dabei ist dies gar nicht selbstverständlich – in der wechselvollen Geschichte Kiels und der Kieler Woche gab es beeindruckende Beispiele dafür, dass es auch komplett anders geht.

Kieler Woche früher:

eine „Narretei der Reichen und Satten“

Die Kieler Woche war immer eng mit der Geschichte Kiels verknüpft. Nach der Reichsgründung wurde Kiel 1871 zum Reichskriegshafen ernannt. Ende der neunziger Jahre begann Deutschland unter der Führung von Tirpitz in Kiel mit dem Aufbau einer hochseegängigen Kriegsflotte, um England die Welt-herrschaft streitig zu machen und selbst in den Besitz der begehrten Kolonien zu kommen. Kiel entwickelte sich rasch vom verschlafenen Kleinstädtchen zur großen Industriestadt. Die Zahl der Marinesoldaten wuchs von 1000 im Jahre 1870 auf 75.000 im Jahre 1914. Die erste Kieler Woche fand 1882 statt und stand

Satten“ ab. 1911 fand die erste große Marine-Kriegsparade statt. Noch während der Kieler Woche 1914 mußte ein englisches Geschwader vorzeitig Kiel verlassen, wegen des beginnenden Weltkriegs.

Novemberrevolution

Trotz anfänglicher großer Kriegsbegeisterung gab es von Anfang an Widerstand gegen die Militarisierung und den Krieg: Im August 1917 verweigerten Matrosen auf Schiffen der vor Wilhelmshaven liegenden Hochseeflotte die Befehle der Offiziere, da sie nicht mehr bereit waren, ihr Leben für fremde Interessen zu lassen. Bei den Januarstreiks 1918 demonstrierten 30.000 Kieler Arbeiter der Torpedo-

schaftung der Britischen Marine. Oberbürgermeister Andreas Gayk wollte endgültig mit der militärischen Präsenz zur Kieler Woche aufräumen und versuchte mit den Septemberwochen von 1948 positiv anzuknüpfen an den Volksfestcharakter und integrierte unter Einbeziehung von Kultur, Kirche, Politik und Sportvereinen Vorträge und Diskussionsveranstaltungen mit ins Programm. Sein Ziel war, den friedlichen kieler und deutschen Aufbauwillen zu demonstrieren. Gäste aus England, Schweden, Dänemark, Norwegen und Finnland nahmen teil.

1949 fand dann wieder eine gemeinsame Kieler Woche mit Kulturprogramm und Segelwettkämpfen statt. Jedoch nahm schon 1954 (Gayks Todesjahr) wieder ein Marineschiff, ein amerikanische Flottenzerstörer, an der Kieler Woche teil. Bald wurde auch in Kiel wieder Kriegsgerät produziert und auch die deutsche Marine beteiligte sich wieder an der Kieler Woche.

1949 fand dann wieder eine gemeinsame Kieler Woche mit Kulturprogramm und Segelwettkämpfen statt. Jedoch nahm schon 1954 (Gayks Todesjahr) wieder ein Marineschiff, ein amerikanische Flottenzerstörer, an der Kieler Woche teil. Bald wurde auch in Kiel wieder Kriegsgerät produziert und auch die deutsche Marine beteiligte sich wieder an der Kieler Woche.

1949 fand dann wieder eine gemeinsame Kieler Woche mit Kulturprogramm und Segelwettkämpfen statt. Jedoch nahm schon 1954 (Gayks Todesjahr) wieder ein Marineschiff, ein amerikanische Flottenzerstörer, an der Kieler Woche teil. Bald wurde auch in Kiel wieder Kriegsgerät produziert und auch die deutsche Marine beteiligte sich wieder an der Kieler Woche.

Darum: Militaristen kielhohn

Heute ist Deutschland auf dem Weg zu einer wiedererstarkten Großmacht, die weltweit ihre geostrategischen und ökonomischen Interessen mit Hilfe von Kriegen durchsetzen will. Durch militärische Spektakel wie während der Kieler Woche soll das Soldatentum normalisiert und die Akzeptanz für globale Militäreinsätze in unserer Gesellschaft dokumentiert werden.

Wir wehren uns gegen jede Form der Militarisierung der Gesellschaft und knüpfen an die positiven und fortschrittlichen Signale der Kieler Geschichte an. Alle sind eingeladen, sich an den Protesten gegen Propagandashows wie während der Kieler Woche kreativ zu beteiligen.

Unser Ziel ist, um eines wirklichen Friedens willen, die Abschaffung sämtlicher Armeen, wie auch der Bundeswehr.

Dabei ist es uns wichtig, die ökonomischen außenpolitischen Interessen der führenden Industriestaaten zu benennen und so setzen wir uns weltweit für die Abschaffung von Ausbeutung und des Kapitalismus ein. Im Sommer 2007 treffen sich in Heiligendamm bei Rostock die führenden Politiker der G-8-Staaten, um die weitere weite Ausbeutung zu koordinieren. Dabei gibt es vielfältige Möglichkeiten, ihnen deutlich die Ablehnung ihrer Politik zu signalisieren. Zum Beispiel schon dieses Jahr am 14. Juli 2006 in Stralsund beim GLOBAL ACTION DAY. Dort trifft sich der Kriegstreiber Bush auf seinem Weg zum diesjährigen G-8-Gipfel in St. Petersburg mit der Kriegstreiberin Merkel. Antimilitaristischer Aktionen und Protest wird auch während der G-8-Tage 2007 in Heiligendamm koordiniert werden. Beteiligt Euch zahlreich!

Weitere Informationen: www.gipfelsoli.org; www.heiligendamm2007.de; www.nolager.de



noch ganz im Zeichen des Segelsports. Seit 1888 herrschte Kaiser Wilhelm II., welcher ein begeisterter Segler und vor allem von der weltbedeutenden Größe des deutschen Reiches träumte. Kaiser Wilhelm übernahm 1891 den Vorsitz des „Marine-Regatta-Vereins“, welcher die Segelwettkämpfe organisierte, und nannte ihn in Kaiserlichen-Yacht-Club um. Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts wandelte sich die Kieler Woche zu einem pompösen und protzigen Fest. Mit viel patriotischem Hurra wurde aus dem Segelereignis ein Jubelfest für den Kaiser und seine Kriegsmarine. Auch damals wurden Marineschiffe anderer Nationen eingeladen, um sich an der Schau zu beteiligen. In dieser Zeit lehnte die Sozialdemokratie noch die Feiern als „eine Narretei der Reichen und

werkstätten und der Kriegswerften und forderten Frieden, sofortige Neuwahlen sowie die Auflösung des Abgeordnetenhauses.

Ende Oktober 1918 verweigerten wiederum Marinesoldaten auf drei in Wilhelmshaven liegenden Schiffen des 3. Geschwaders den Ausfuhrbefehl – daraufhin wurde das Geschwader nach Kiel verlegt, während der Kanalfahrt wurden 47 Matrosen festgenommen. Trotz weiterer Verhaftungen meuternde Soldaten breitete sich der Widerstand aus: Am 3.11. versammelten sich über 5.000 Menschen, vor allem Matrosen, auf dem Exerzierplatz und forderten Frieden, Freiheit und Brot. Auf dem anschließenden Demonstrationzug wurden die in der Waldwiese inhaftierten Matrosen befreit und Waffen von Polizeipatrouillen erbeutet. Der Aufstand weitete sich zu einer Massenbewegung aus, Soldaten- und Arbeiterräte übernahmen die Macht. Am 5.11. bot

Trotzdem: Die Novemberrevolution hatte enorme, umwälzende Bedeutung: Solidarisch erkämpften die Soldaten und ArbeiterInnen gegen den Willen ihrer Offiziere und der Herrschenden das Ende des ersten Weltkrieges und des Kaiserreiches und sorgten für eine Demokratisierung der Gesellschaft.

Kiel und Kieler Woche ohne Militär

Nach dem verlorenen ersten Weltkrieg war die Begeisterung für den Kaiser und für Kriegsschiffe ziemlich gering, so schrumpfte die Kieler Woche wieder zu einem sportlichen Segelereignis, mit wenig internationaler Beteiligung. 1933 wurde die Kieler Woche mit in die NS-Propaganda eingebunden, mit einem Höhepunkt an faschistischer Propaganda im Olympiajahr 1936. Nach dem Zweiten Weltkrieg richteten die Briten 1945 und 1946 die „Kiel Week“ aus, mit Sportwettkämpfen und Zur-

Fußstapfen der Geschichte

„Schutztruppe war die offizielle Bezeichnung der Truppen in den deutschen Kolonien in Afrika von 1891 bis 1918.

In den sogenannten Schutzgebieten Deutsch-Ostafrika, Kamerun und Deutsch-Südwestafrika befanden sich Schutztruppen, die die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit im Inneren zur Aufgabe hatten. Sie wurden z.B. zur Niederschlagung von Aufständen, Grenzsicherung oder zur Sicherung von Expeditionen eingesetzt. Für eine Landesverteidigung gegen äußere Angreifer waren sie nicht konzipiert.“ (Internetlexikon Wikipedia)

Jetzt sollen Bundeswehrosoldaten angeblich die Wahlen im Kongo schützen. In Wahrheit sollen damals wie heute die Soldaten die wirtschaftlichen Interessen der deutschen Kapitalisten schützen. Notfalls durch blutige Unterdrückung der Bevölkerung. Der einzige Unterschied besteht darin, dass es sich jetzt nicht um Hereros handelt.



Atomtechnologie für den Iran?

Nukleartechnologie zur Gewinnung von Energie ist unsicher. Unfälle sind nicht beherrschbar und können katastrophale Folgen für die Menschheit haben! Ein Land, das Atomkraftwerke besitzt ist prinzipiell auch in der Lage Atombomben zu bauen. Deshalb müssen sämtliche Atomkraftwerke stillgelegt und die Technologie international geächtet werden – nicht nur im Iran sondern überall! Die ausschließliche Diskussion des Atomprogramms im Iran dient nicht der Eindämmung der Gefahr eines Atomkrieges sondern der Vorbereitung eines Krieges gegen den Iran zum Zwecke des „Regime Change“ und des Zugriffs auf die Bodenschätze, insbesondere des Rohöls dieser strategisch bedeutsamen Region.

KOMMENTAR

Islamfeindliche Stimmungsmache

In der polnischen Stadt Glewice, deutsch Gleiwitz steht heute die modernste Fabrik des Opel-Konzerns. Geschichtsbewussten Menschen ist dieser Name aber eher wegen der Propagandalüge der Nazis bekannt, mit der sie den Überfall auf Polen rechtfertigen wollten. KZ-Häftlinge wurden 1933 in polnische Uniformen gesteckt, in den damals deutschen Radiosender Gleiwitz verfrachtet und erschossen. Bilder der Toten sollte einen Überfall polnischer Soldaten vortäuschen, worauf „ab 5 Uhr 30 zurückgeschossen“ wurde. Ähnliche Kriegspropagandalügen wurden für den Angriff der USA auf Nordvietnam – der sogenannten Golf von Tonkin Zwischenfall, den Nato-Angriff auf Jugoslawien – das Massaker von Raac, und den Angriff der USA und verbündeter Staaten auf den Irak – die Bedrohung durch Massenvernichtungsmittel, produziert.

Damit diese Lügen aber überhaupt auf fruchtbaren Boden fallen konnten, musste in der jeweiligen Bevölkerung aber erstmal eine Stimmung erzeugt werden, die die Opfer der geplanten Aggression als unter- oder unmenschlich, moralisch minderwertig und die eigene Existenz bedrohend erscheinen lassen. Dies wurde in den genannten Beispielen fast schon stereotyp durch Medienkampagnen über Massaker – zum Beispiel an der deutschen Minderheit in Polen – und Diffamierung fremder Kulturen und Religionen erreicht.

Eine ähnliche Stimmungsmache – diesmal gegen Muslime im Allgemeinen und islamische Länder wie den Iran im Besonderen erleben wir zur Zeit.

Höhepunkt war bisher die Veröffentlichung von verleumderischen Karikaturen durch mehrere europäische Zeitungen, in denen der Prophet Mohammed als Terrorist und Mörder dargestellt wird. Schon die Karikaturen selbst sind eindeutig rassistisch. Sie suggerieren, dass jeder Muslim ein potentieller Terrorist sei. Die Bilder aufgebracht Gläubiger, die gegen die Diffamierung ihres Propheten protestieren, werden dann eingesetzt, um diesen Eindruck zu untermauern.

Muslime werden in Kollektivhaftung für Anschläge terroristischer Gruppen genommen, mit denen sie nicht das geringste zu tun haben. Im deutschen Bundesland Baden-Württemberg muss jeder Muslim, der sich einbürgern lassen will, schon jetzt einen entsprechenden Fragenkatalog beantworten. Nachrichtensprecher werfen „den Muslimen“ routinemäßig vor, sie würden zwar gegen die Diffamierung Mohammeds, nicht aber gegen Anschläge terroristischer Gruppen protestieren, die im Namen des Islam auftreten – als seien sie für diese verantwortlich.

So wird systematisch das Bild einer minderwertigen Kultur erzeugt, die sich nicht mit „westlichen Werten“ vereinbaren lasse. Hier gibt es eindeutige Parallelen zu den antisemitischen Karikaturen, die in den dreißiger Jahren von rechten Blättern wie dem nationalsozialistischen Stürmer verbreitet wurden. Die Darstellung der Juden als Untermenschen diente der ideologischen Vorbereitung des Holocaust. Heute soll die systematische Diffamierung von Muslimen die öffentliche Meinung auf neue Kriege gegen Länder wie Iran und Syrien vorbereiten, die noch weit brutaler geführt werden als der Irakkrieg – bis hin um Einsatz von Atomwaffen.

Im Namen des Kampfes gegen Terrorismus führen Regierungen in ganz Europa repressive Maßnahmen ein, die in erster Linie gegen Moslems und andere Einwanderer gerichtet sind, letztlich aber dazu dienen, demokratischen Rechte zu zerschlagen. Hand in Hand mit der polizeistaatlichen Aufrüstung läuft eine Offensive gegen den Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung, gleichzeitig konzentriert sich der Reichtum immer mehr in den Tresoren der wohlhabenden und privilegierten Minderheit an der Spitze der Gesellschaft.

HDW – Kriegsschiffbau für wessen Interessen ?

Die Howaldtwerke – Deutsche Werk (HDW) ist mit 2.665 Beschäftigten (9/05) noch einer von Kiels größten Betrieben¹⁾. Was bedeutet er für die Kielerinnen und Kieler und was für die Menschen in anderen Teilen der Welt?

Kiellagen, Taufen, Übergaben, Indienststellungen, Auslieferungen – regelmäßig würdigen die Kieler Nachrichten die neuesten HDW-Kriegs-Produkte. Die Beispiele U-Boot-Export nach Israel und Südafrika zeigen dagegen: Der Schaden für die meisten Menschen in den Empfängerländern geht einher mit verschärften Arbeitsbedingungen für die Belegschaft und verbotenen Chancen für Arbeitslose in Kiel.

Die Fusion von HDW Kiel mit Blohm+Voss Hamburg sowie den Thyssen-Nordsee-Werken Emden zu Beginn des Jahres 2005 zu den Thyssen-Krupp-Marine-Systems (TKMS) legte den Kurs für Kiel fest:

Bei insgesamt schrumpfender Belegschaft wird der Handelsschiffbau in die HDW-Gaarden-GmbH ausgegliedert (400 Mitarbeiter), der Rüstungssektor hat als einziger Produktionsbereich U-Boote. Der Geschäftsführer der HDW-Gaarden, Walter Klausmann, spricht im KN-Interview am 1.10.05 von eigenem Grundstück, eigenen Anlagen und Gebäuden der GmbH und einer Abkoppelung von den Kosten des U-Bootsbaus²⁾.

Was ist los? Späte Früchte der großen Kieler Demonstration gegen die Fusionspläne am 24.9.04 ?

Haben Beschäftigte brachliegende Anlagen besetzt, die Waffenproduktion geächtet und nehmen nun Entwicklung, Fertigung und Vertrieb sinnvoller Produkte in die eigenen Hände? Leider nicht! Die GmbH gehört der Thyssen-Krupp-Marine-Systems. Diese bestimmen Konstruktion, Einkauf und Vertrieb, Gaarden fertigt nur. Handelsschiffbau steht nicht gegen U-Boots-Bau, sondern wird zu dessen Lückenbüßer.

Dies wurde deutlich, als nach der Fusion Containerschiffbau-Aufträge der Hamburger Reederei MPC von der Geschäftsführung abgelehnt wurden, obwohl damit die Anlagenkapazitäten erst zu 30% ausgelastet gewesen wären: Weiter-

es Personal wäre nötig gewesen! Die Konzernleitung wollte sich aber ihr U-Boot-Konzept nicht durcheinander bringen lassen und baut weiter Arbeitsplätze ab. Und das, obwohl die Belegschaft vorausgesehen hätte für diese Reederei erst durch Lohnsenkungen ermöglicht hätte³⁾.

Klausmann gibt im Weiteren unumwunden

Anfang Februar 06 ab. Um an die „Geburtsstätte“ dieses Mordinstruments zu erinnern, hängt das Kieler Wappen am Turm. Besondere Grausamkeit: Mittendrin eine Pik-Ass-Spielkarte (KN, 4.11.05). US-Söldner streuten im Vietnam-Krieg bei den Opfern ihrer Killer-Kommandos diese Karten aus.



zu: „Wir müssen das Standort-Denken überwinden... Der Anspruch ist: TKMS.“ Eben-
sogar hätte er sagen können „Profit geht über Leichen!“.

Dies zeigt das Beispiel Südafrika:

Für 1,6 Mrd. € baut HDW zusammen mit der Emdener Werft 4 Kriegsschiffe (Korvetten) und 3 U-Boote für die Republik Südafrika. Offiziell sollen sie dem Fischereischutz dienen. Dabei ist jedem klar, dass die korrupte Regierung in Wirklichkeit ihre Vormachtstellung in der Region ausdehnen will. Eben dieser Betrag von 1,6 Mrd € könnte ein effektives AIDS-Soforthilfe-Programm finanzieren in dem Land, in dem 16% der Bevölkerung infiziert sind. Das süd-afrikanische Flaggship holte das erste U-Boot-

Und nach Israel?

Die neueste U-Boot-Entwicklung U 212 und U 214 haben einen Brennstoffzellenantrieb, der ihre Tauchzeit verlängert und eine Ortung fast unmöglich macht. In der Konzern-Werbung heißt es: „Niemand findet unsere U-Boote gut.“⁴⁾ 2 davon wurden bereits an die Bundeswehr-standort in Eckernförde geliefert, weitere z.B. nach Griechenland exportiert.⁵⁾

Noch brisanter sind die im Frühjahr 2006 endgültig geschlossenen Verträge zur Lieferung zweier solcher U-Boote an Israel. Die 3 Vorgänger wurden bereits 2000 abgeliefert, die 1,3 Mrd. DM Baukosten übernahm die BRD fast komplett. An der Ausgestaltung ihrer Torpedorohre wurde schon damals deutlich, dass Israel

seine Atommacht auf eine U-Bootflotte ausdehnen will, um damit neben Iran auch Pakistan bedrohen zu können.⁶⁾

Trotzdem gab Rot-Grün als letzte Amtshandlung noch im November 2005 grünes Licht für die beiden Nachbestellungen und übernahm gleich ein Drittel der Kosten: Deutschland habe Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁷⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁸⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁹⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!¹⁰⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!¹¹⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!¹²⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!¹³⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!¹⁴⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!¹⁵⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!¹⁶⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!¹⁷⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!¹⁸⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!¹⁹⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!²⁰⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!²¹⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!²²⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!²³⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!²⁴⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!²⁵⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!²⁶⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!²⁷⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!²⁸⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!²⁹⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!³⁰⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!³¹⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!³²⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!³³⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!³⁴⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!³⁵⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!³⁶⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!³⁷⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!³⁸⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!³⁹⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁴⁰⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁴¹⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁴²⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁴³⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁴⁴⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁴⁵⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁴⁶⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁴⁷⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁴⁸⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁴⁹⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁵⁰⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁵¹⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁵²⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁵³⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁵⁴⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁵⁵⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁵⁶⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁵⁷⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁵⁸⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁵⁹⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁶⁰⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁶¹⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁶²⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁶³⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁶⁴⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁶⁵⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁶⁶⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁶⁷⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁶⁸⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁶⁹⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁷⁰⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁷¹⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁷²⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁷³⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁷⁴⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁷⁵⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁷⁶⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁷⁷⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁷⁸⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁷⁹⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁸⁰⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁸¹⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁸²⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁸³⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁸⁴⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁸⁵⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁸⁶⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁸⁷⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁸⁸⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁸⁹⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁹⁰⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁹¹⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁹²⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁹³⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁹⁴⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁹⁵⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁹⁶⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁹⁷⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁹⁸⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!⁹⁹⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!¹⁰⁰⁾ Verantwortung für die Sicherheit Israels!

Schon werden die nächsten Aufträge eingeholt, z.B. aus Indien, Brasilien und den Vereinigten Emiraten. Wir sagen deutlich: Bei solchen Geschäften steht nicht Arbeitsplatz gegen Moral!

Lohnsenkungen und Kündigungen hier sowie Krankheit und Tod durch Rüstung dort sind zwei Seiten derselben Medaille: Profitstreben weniger auf Kosten vieler. Die Auseinandersetzung darum muss in die Öffentlichkeit!

In der Demonstration im Herbst 2004 hat sich eine Hoffnung vieler Kielerinnen und Kieler gezeigt: Wir finden uns mit der Einmordung auf Kriegsschiffsproduktion nicht ab.

Daran muss festgehalten werden, insbesondere angesichts der Bedeutung Kiels für zwei Weltkriege!

Oben wurde die HDW-Werbung für ihre U-Boot-Tamung zitiert: „Niemand findet unsere U-Boote gut!“ – Sorgen wir dafür, dass daraus politischer Ernst wird!

Quellen:

- 1 www.hdw.de
- 2 NDR-Bericht vom 8.3.06
- 3 „HDW-U-Boot-Spezialisten von der Förde“
- 4 KN, 1.4.05
- 5 KN, 1.10.05
- 6 tagesschau, 27.05.06
- 7 Spiegel, 19.11.05

Krieg gegen Zivilisten

Mehreren zehntausend irakischen Zivilisten hat seit 2003 Krieg und Besatzung das Leben gekostet. Zum Beispiel so: US-Soldaten erschossen am 26. Mai an einer Straßenecke eine schwangere Frau und deren Schwester. Die Frau war kurz vor der Entbindung und ihr Bruder, der überlebte, fuhr sie ins Krankenhaus. Im Dunkeln war er jedoch falsch abgebogen und auf einen US-Militärstützpunkt zugefahren.

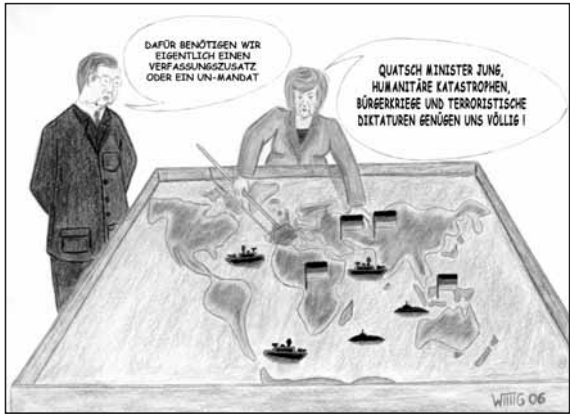
Mit sehr viel guten Willen kann man das noch als tragischen Unfall bezeichnen, aber selbst der Premierminister von US-Gaarden Nuri al Maliki spricht von weit verbreiteter Gewalt, die die Besatzungstruppen (nicht nur die US-amerikanischen) gegen Zivilisten ausüben würden. Zivilisten würden einfach auf Verdacht getötet.

Mit Sicherheit kein tragischer Unfall, sondern ein regelrechtes Massaker war, was sich im November in der irakischen Stadt Haditha ereignete. US-Soldaten durchsuchten, nach dem einer ihrer Kameraden von einer Bombe getötet wurde, Wohnhäuser und erschossen dabei 24 Menschen, darunter Greise, Frauen und Kinder.

Während der Fall noch für Schlagzeilen sorgt werden ähnliche Vorfälle jüngerer Datums bekannt. Im März haben US-Einheit in Ischaki angeblich einem AL-Kaida-Mitglied aufgelauert und ein Haus unter Beschuss genommen. Die irakische Polizei sprach hinterher von fünf toten Kindern und sechs Erwachsenen, die alle mit Kopfschüssen getötet worden seien. Erst vor wenigen Tagen wurden in Kerbela, südlich von Bagdad, fünf Menschen bei einer Razzia durch US-Soldaten getötet, darunter eine Frau mit ihrem sieben Monate alten Baby.

Auch in Afghanistan führen sich die Besatzer nicht viel anders auf. Am 29. Mai verursachte ein US-Militärkonvoi in Kabul einen Verkehrsunfall, bei dem mindestens ein Iraker starb. Als sich daraufhin eine wütende Menge die Soldaten mit Steinen bewarf, feuerten diese auf die Unbewaffneten und töteten vier weitere Menschen.

bleibt anzumerken: Die Besatzer im Irak werden weiter über deutsche US-Stützpunkte versorgt, ohne dass sich die Berliner Regierung daran stören würde. In Afghanistan beteiligt man sich gar an der Besatzung, und zwar auch mit der Eliteeinheit KSK, die wahrscheinlich in Kampfhandlungen verwickelt sind. (Die Regierung hält nach wie vor Einzelheiten geheim. Näheres weiß wahrscheinlich der Kieler SPD-Abgeordnete Hans-Peter Bartsch, der im Verteidigungsausschuss sitzt.)



Nein zum Einsatz deutschen Militärs im Kongo!

Vordergründig geht es beim EU-Militäreinsatz (1.700 Mann, davon 780 deutsche Soldaten) im Kongo, der unter Deutschem Oberkommando steht, um die Absicherung der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen sowie die Sicherung der demokratischen Entwicklung.

Um diese Entscheidung wurde unter BRD-Politikern heftig gerungen:

Die Vorbereitung sei stümperhaft (FDP); man dürfe für ein derart aussichtsloses Unternehmen nicht das Leben deutscher Soldaten riskieren (Bundeswehrverband); es gehe um die zentralen Sicherheitsinteressen Deutschlands und die Abwehr des Flüchtlingsproblems und die Stabilität der rohstoffreichen Region nütze auch der deutschen Wirtschaft! (Kriegsminister Jung)

Die Grüne Partei, die sich für ein langfristiges militärisches Engagement in ganz Afrika breitmacht, leugnet jegliche Ressourceninteressen in der Region und akzeptiert nur ethische Kriegsgründe. Dafür fordern sie und hier insbesondere der pseudopazifistische Vorzeigrüne Ströbele die Ausdehnung des Militäreinsatzes über die Hauptstadt des Kongo hinaus und werden für einen deutschen Beitrag bei der Polizei- und Armeeausbildung.

Erstaunlich ist, dass bei aller Kontroversität der hochriskante Einsatz im Kongo im Bundestag mit einer satten Mehrheit abgelehnt wurde. Es scheint sich das Prinzip durchgesetzt zu haben: „Haben wir erst einmal militärisch ein Bein in der Tür, wird man weitersehen...!“

Um die enormen Ressourcen des Kongo ringen die imperialistischen Staaten in heftiger Konkurrenz mit brutalen und völkerrechtswidrigen Mitteln:

Von allen Seiten wird über Stellvertreterkriege z.T. mit Söldnerarmeen sowie separatistische Einmischung über Bündnisse mit lokalen Warlords und marodierende Milizen versucht, mit Höchstprofit an die Bodenschätze des Kongo heranzukommen. (Über Uganda an das Gold, über Ruanda an Coltan und an Kassiterit – hochwertiges Zinnerz –, über Sambia an Erz und Kobalt und über Angola an Diamanten)

Nach Ermordung des charismatischen kongolischen Präsidenten Lumumba vor fast einem halben Jahrhundert, der für einen streng antiimperialistischen Kurs stand, standen die folgenden Zentralregierungen kontinuierlich im Dienste ausländischer Konzerne und Regierungen. Diese Ausplünderung führte zur völligen Verarmung und zur Verwüstung des Landes mit Zerstörung der Infrastruktur sowie durch die Bürgerkriege zu Millionen Tote unter der Zivilbevölkerung.

Diese zerrütteten und desaströsen Verhältnisse limitierten jedoch auch die Möglichkeit der weiteren Ausbeutung des Landes insbesondere in Bezug auf Holz und Wasserkraft.

Ob der eingeschlagene Weg der Stärkung der Zentralregierung im Spannungsfeld der konkurrierenden ausländischen Mächte der geschundenen Bevölkerung nutzen wird erscheint mehr als fragwürdig!

Ein Kompromiss zwischen Öl und Blut im Sudan?

Mit diesem Artikel versuchen wir einen kurzen Einblick in die Krise von Darfur zu nehmen. Sie wird von den Medien sehr vereinfacht und einseitig, als Konflikt zwischen Afrikanern und Arabern (mit der Unterstützung der Regierung) dargestellt. Dabei werden die zugrundeliegenden Faktoren und Ursachen außer Acht gelassen. Wir versuchen die Hintergründe der Entstehung und Eskalation des Konflikts zu erläutern.

In der o.g. Darstellung fehlt häufig die Betrachtung der Krise in Darfur als Teil der Gesamt Krise des Sudans, mit ihrer Tiefe und Komplexität. Die wahren Ursachen der Krise sind im Wegdrang der soziopolitischen Struktur des Landes zu suchen.

Der Kampf in Darfur, wie auch im Süden, in der Mitte oder im Osten, ist ein politischer Kampf um ein Ordnungsprinzip der politischen, wirtschaftlichen und ethnischkulturellen Gleichberechtigung. Der Putsch (1989) seitens der Islamischen National Front kam, um so ein Ordnungsprinzip zu unterbinden und die von den Briten geerbten hegemoniale Stellung der herrschenden Elite mit Gewalt zu festigen. Es ist das Streben dieser Menschen nach Gerechtigkeit, das sie zum Feind der Diktatur macht. Sie sind keine Feinde des Islam.

Die Nationale Demokratische Allianz (NDA)

Die Idee einer Nationalen Demokratischen Allianz für die Wiederherstellung der Demokratie und die Fortsetzung des Projekts eines

Vielvölkerstaates entstand in den Gefängnissen. Es wurden Basen im Exil gegründet und die Befreiungsbewegung im Süden (SPLM/SPLA) wurde in dieses Projekt als strategische Partner einbezogen. Zwecks Überwindung der heutigen Diktatur und der Verwirklichung dieses Projekts entfesselte sich ein heftiger politischer und militärischer Kampf. Die SPLM/SPLA hatte ihre militärische Basis im Süden, die Partner (NDA) aus dem Norden in Eritrea.

Die internationale Gemeinschaft zwischen Wirtschaftsinteressen und Konfliktlösung

Die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft gipfelten in ein Friedensabkommen zwischen der Regierung und der Befreiungsbewegung im Süden (SPLM/SPLA). Dieses Abkommen wurde „Das Umfassende Friedensabkommen“ genannt. Den Frieden im Süden kann man nur begründen. Das Abkommen ist in Wahrheit aber nicht umfassend. Ersten ist es nur ein Abkommen zwischen zwei Parteien (der diktatorischen Regierung und der Befreiungsbewegung im Süden) und kann daher die Gesamtheit der Krise des Landes nicht umfassend ansprechen. Zweitens wurde die diktatorische Regierung durch diesen Deal legitimiert. Es ist ein Paradoxum, der Diktator den Wiederaufbau eines demokratischen, pluralistischen Regierungssystems anzuerkennen. Was gebraucht wird, ist ein System das die kulturelle, religiöse und ethnische Vielfalt der Sudanesen wahrnimmt und in der Lage ist, eine nachhaltige und ausgewogene Entwicklung landesweit

Weitere Infos und nützliche Links im Internet:

www.antikriegsbuendnis-kiel.de
(Anti-Kriegs-Bündnis Kiel)

www.attac-kiel.de (Attac-Kiel)

www.avanti-projekt.de
(Avanti - Projekt undogmatische Linke)

www.heiligendamm2007.de

www.imi-online.de
(Informationsstelle Militarisierung (IMI))

www.infoladen.de/kiel (Infoladen Kiel)

www.nolager.de

www.sdaj-online.de
(Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend)

www.sozialismus-jetzt.de
(Lokale sozialistische Zeitung LINX)

Herausgegeben vom Aktionsbündnis Kieler Woche 2006

V.i.S.d.P.: Hans-Peter Meier, Schwefelstraße 6

zu ermöglichen. Das so genannte Friedensabkommen hat die demokratischen Kräfte (Parteien, Gewerkschaften, Berufsverbände etc.), die durch die Nationale Demokratische Allianz (NDA) vertreten sind, umgangen und marginalisiert. Es sind die immer knapper werdenden Öl-Ressourcen und die neu entdeckten Ölvorkommen im Sudan die so ein mangelhaftes Abkommen diktieren.

Darfur und China

Es wird immer berichtet, dass China aufgrund des Öls die Internationale Gemeinschaft daran hindert, dem Blutbad in Darfur ein Ende zu machen. Das ist die eine Hälfte der Geschichte. China deckt etwa 7% ihres Öl-Bedarf aus dem Sudan. Wenn China seinen Hunger nach Öl in dieser vom Krieg überzogenen Region stillen kann, dann liegt dies aber auch im Interesse des Westens. Andererseits bekommt die neue unerfahrenere Regierung im Süden die Hälfte der Öl-Erträge. Hier wittern die westlichen Konzerne ein lukratives Geschäft für ihre profitorientierten Investitionen. Nur dafür brauchen sie dringend den Frieden im Süden.

Die Menschen in Darfur sind Opfer eines faulen Kompromisses zwischen Öl und Blut.